

Protokoll
der 5. Klimawerkstatt im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes
Zum Thema
Klimabewusste Stadt Gronau

Freitag der 5. November 2021, 10 Uhr
Im Sitzungssaal des Rathauses, Konrad-Adenauer-Str. 1

Begrüßung und Einführung

Stadtbaurat Groß-Holtick eröffnet die Klimawerkstatt und begrüßt die Teilnehmenden.

Impulsvortrag von Carolin Wicke, Klimaschutzmanagerin der Stadt Gronau

Frau Wicke führt mit einer kurzen Vorstellung des Projektes „Integriertes Klimaschutzkonzept“ in die Veranstaltung ein. Sie zeigt auf, warum die Stadtverwaltung ein wichtiges Handlungsfeld für den kommunalen Klimaschutz darstellt. Neben den direkt beeinflussbaren Emissionen, die eingespart werden, hat die Stadtverwaltung auch eine Vorbildfunktion für andere lokale Akteure. Sie kann außerdem mit ihrer Nachfragemacht als Wachstumstreiber für nachhaltigkeitsorientierte Zukunftsmärkte dienen und praktische Erfahrungen im Klimaschutz sammeln, die anderen Akteuren Lösungswege aufzeigen, sie motivieren und inspirieren. Speziell für die Stadt Gronau sei außerdem, dass sie sich aufgrund vieler Neubau- und Sanierungsvorhaben sowie der Digitalisierung derzeit in einer Umbruchzeit befinde, in der das Thema Klimaschutz unbedingt mitgedacht werden müsse.

Um allen Beschäftigten der Stadt die Möglichkeit zu geben, sich an der Diskussion zu beteiligen, hat Frau Wicke im Vorfeld eine Mitarbeiterumfrage abgehalten, an der bis zum Stichtag 141 Beschäftigte teilgenommen haben. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind in die Präsentation eingeflossen und im Detail im Anhang zu finden.

Es hat sich gezeigt, dass bisherige Maßnahmen des betrieblichen Klimaschutzes unter den Teilnehmenden überwiegend nicht bekannt sind. Diejenigen, die angaben, von solchen Maßnahmen zu wissen, nannten hauptsächlich die Bereitstellung von E-Diensträdern, die (anfängliche) Digitalisierung und die Erzeugung von Solarstrom auf städtischen Dächern. Die bisherigen Bemühungen wurden überwiegend als befriedigend, schlecht oder sehr schlecht eingestuft (siehe Folie 9). Angesichts dessen, dass bereits einige Maßnahmen umgesetzt worden sind, stellt Frau Wicke die Vermutung an, dass es Verbesserungsbedarf an der internen Kommunikation solcher Maßnahmen gebe. Dies sei durch die aktuelle räumliche Zersplitterung der Verwaltung noch wichtiger.

Frau Wicke zeigt die verschiedenen Unterhandlungsfelder auf, in die das Handlungsfeld „klimabewusste Stadt Gronau“ unterteilt werden kann, und geht anschließend näher auf diese ein. Als wichtigstes Handlungsfeld innerhalb der Verwaltung wird der Bereich Liegenschaften und Gebäudeenergie betrachtet. Nicht nur sind die Einsparpotenziale in diesem Bereich besonders umfangreich, auch führt die Nichteinbeziehung oder unzureichende Berücksichtigung von Klimaschutzkriterien in Neubau- und Sanierungsvorhaben dazu, dass die Gelegenheit für die nächsten zwanzig bis fünfzig Jahre verpasst ist, nämlich bis zur nächsten notwendigen Erneuerung. Wenn bis 2030 die Emissionen des Gebäudesektors um 43% sinken sollen, sei es notwendig, bei solchen Vorhaben fortan den maximal möglichen und wirtschaftlich vertretbaren Energiestandard zu

realisieren. Der von der Stadt in Auftrag gegebene Energiebericht zeigt, dass bei einigen Liegenschaften weiterhin großer Handlungsbedarf besteht, und empfiehlt unter anderem, Verbrauchsdaten besser zu überwachen.

Herr Krafzik fragt, inwieweit diese Aufgabe bereits durch Herrn Brink (Fachdienst Liegenschaften) übernommen wird. Herr Brink antwortet, dass der Standard dessen, was an Verbrauchsdatenerfassung heute erhoben werden muss, derzeit nicht erfüllt wird. Diese Aufgabe sei in den Rückstand geraten, weil die Anforderungen stetig angezogen worden seien und ein Monitoring in diesem Ausmaß nicht nebenbei erfüllbar sei. Zwischenzeitlich hätten die hiesigen städtischen Gebäude – gemessen an den damals geltenden Maßstäben – einen recht guten Standard aufgewiesen. Mit der Verschärfung der Anforderungen und ausbleibenden Maßnahmen seien diese Gebäude dann schrittweise in den dunkelroten Bereich gerutscht.

Frau Wicke ergänzt, dass Herr Brink im Vorhinein mithilfe von Kom.EMS¹-Check eine Bewertung des Ist-Zustandes des kommunalen Energiemanagements in Gronau durchgeführt hat. Dies habe gezeigt, dass in viele Bereiche bereits eingestiegen wurde, dass aber weiterhin noch größerer Handlungsbedarf besteht. Um all die Aufgaben wahrzunehmen, die das kommunale Energiemanagement auf ein erstrebenswertes Niveau anheben würden, sei die Einrichtung einer entsprechenden (Teil-)Stelle wichtig. Diese könne sich durchaus auszahlen: Nach Einschätzung des Kom.EMS kann eine 75% Vollzeitstelle für eine Kommune mit der Größe Gronaus etwa 15% an Energiekosten einsparen (siehe Folie 19). Bei den Ausgaben der Stadt Gronau für Gas und Strom (Stand 2019) würden diese Einsparungen 195.000€ pro Jahr betragen. Außerdem werde der Aufbau eines kommunalen Energiemanagements mit der neuen Kommunalrichtlinie 2022 zu 70% gefördert.

Anschließend stellt Frau Wicke die Einführung einer Energieleitlinie als eine weitere mögliche Maßnahme für den Bereich Gebäudeenergie vor. Dazu geht sie beispielhaft auf die Energieleitlinie der Stadt Frankfurt ein. Unter anderem schreibt diese Energieleitlinie vor, dass der Passivhausstandard bei allen Neubauten und Sanierungen angestrebt wird. Dies sei bei 90% der kommunalen Bauvorhaben nicht nur wirtschaftlich, sondern lohnend in der Gesamtkostenrechnung, das heißt unter Berücksichtigung der Kapital-, Betriebs- und Folgekosten über den gesamten Lebenszyklus.

Im Bereich Mitarbeitermobilität sei es wichtig zunächst (unnötigen) Verkehr zu vermeiden, zum Beispiel durch Homeoffice oder eine online-Bürgerabwicklung. Für nicht vermeidbare Verkehre sei es wichtig, Wege mit dem Verbrenner-Pkw zu reduzieren. Hier kommen Mitfahrbörsen, Dienstfahrräder, eine Förderung des ÖPNV (zum Beispiel durch ein Job-Ticket), Parkraumbewirtschaftung oder auch zentrales Fuhrparkmanagement in Betracht. Letzteres sei auch im Hinblick auf Monitoring im Sinne der Treibhausgasbilanz sinnvoll. Bei der aktuellen Bilanz sei es nicht möglich gewesen, die Emissionen des Fuhrparks zu bestimmen, da die Daten nicht vorhanden waren. Für nicht verlagerbare Verkehre sollte eine verträgliche Abwicklung ermöglicht werden, zum Beispiel indem alternative Antriebe gefördert werden. Eine klimafreundlichere Mitarbeitermobilität wurde in der Mitarbeiterbefragung besonders häufig gewünscht (für zusammengefasste Ergebnisse siehe Folie 26; für Details siehe Anhang).

Im Anschluss an das Thema klimafreundliche Beschaffung spricht Frau Wicke die Papiernutzung und Digitalisierung an. Hier sei es wichtig, bestehende Abläufe in Frage zu stellen, ob hier eine analoge Ausführung wirklich notwendig sei. Beispielsweise könnte eine digitale Signatur nicht nur viel unnötiges Papier sparen, sondern auch den Arbeitsalltag erleichtern. Papierlose Abwicklung und eine umfassendere und schnellere Digitalisierung haben sich auch in der Mitarbeiterumfrage als für die Beschäftigten wichtige Themen herausgestellt.

¹ Eine gemeinsame Entwicklung der Energieagenturen Baden-Württembergs, Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens. Die Abkürzung steht für kommunales Energiemanagement-System.

Frau Wicke weist außerdem darauf hin, dass neben einer möglichst energieeffizienten IT-Infrastruktur auch durch energiebewusstes Nutzerverhalten viel Energie eingespart werden kann (bis zu 15% beim Strom und 10-15% bei Wärme). Abschließend wird das Thema klimafreundliche Veranstaltungen kurz angerissen.

Im Anschluss haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre Gedanken und Maßnahmenvorschläge zu dem Handlungsfeld „Klimabewusste Stadt Gronau“ zu äußern.

Herr Brink wünscht sich mehr Wertschätzung für das Fahrrad. Die heute viel teureren Räder sollten trocken und gesichert abgestellt werden können. Herr Krafzik merkt an, dass, um klimafreundliche Mobilität stärker voranzutreiben, nicht nur sichere und witterungsgeschützte Fahrradabstellplätze notwendig seien. Auch Parkraumbewirtschaftung werde eine Rolle spielen. An der Bahnhofstraße werde es in unmittelbarer Nähe des Standortes keine Pkw-Stellplätze für Bedienstete geben und man müsse sich darüber Gedanken machen, ob weiterhin kostenlose Stellplätze verfügbar sein sollten.

Herr Homölle antwortet, dass im Rahmen der sich in der Erstellung befindlichen Stellplatzsatzung sich sowohl für private als auch öffentliche Eigentümer neue Vorgaben ergeben werden. Diese werde auch Fahrradstellplätze vorschreiben. Frau Winkler ergänzt, dass aus den Nebenstellen die Anfragen nach besseren Fahrradabstellanlagen kommen. Auch wenn es an den Nebenstellen derzeit schwierig sei, entsprechende Anlagen zu errichten, werde dies in den nächsten Jahren Pflichtprogramm sein. Herr Wulf wirft in Bezug auf den Vorschlag, Stellplätze kostenpflichtig zu machen, ein, dass dies die Stadt als Arbeitgeber für Nicht-Ortsansässige unattraktiver mache. Herr Homölle argumentiert, in umliegenden Kommunen wie zum Beispiel Ahaus werde bereits eine Parkgebühr verlangt. Herr Kemper erwidert, es gebe nun einmal MitarbeiterInnen, die auf das Auto angewiesen sind, und dass es nicht für alle möglich sei, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu kommen. Frau Wicke ergänzt, dass Parkraumbewirtschaftung vielfältiger sei, als kostenpflichtige Parkplätze. Beispielsweise könnten spezifische Stellplätze für E-Autos oder Mitfahrgelegenheiten ausgewiesen werden. Es sei wichtig, darüber im Vorfeld mit den Beschäftigten zu reden. Herr Homölle fügt hinzu, dass bei Maßnahmen der Parkraumbewirtschaftung auch eine Förderung von ÖPNV-Tickets notwendigerweise dazu gehöre. Projekte wie der Baumwollexpress würden so auch unterstützt.

Herr Klein-Menting erzählt, dass für die IT kurzfristig ein E-Auto als Dienstwagen beschafft werden sollte, dass das Fahrzeug als Elektro in der Anschaffung aber 50 – 80% teurer gewesen sei. Entsprechend werde es dann vermutlich doch kein E-Auto. Zum Thema „Green IT“ berichtet er, dass Speichersysteme und Server der Stadt bereits auf möglichst wenig Hardware laufen.

Herr Brink weist darauf hin, dass es bereits eine Dienstanweisung zu energiesparendem Nutzerverhalten in Bezug auf Heizen gebe, die auch mit HausmeisterInnen bei Dienstantritt besprochen werden. Diese Vorgabe gebe es schon seit Jahrzehnten, ebenso sei Umweltpapier bereits einmal für mindestens 10 Jahre eingeführt gewesen, und er könne sich nicht erklären, wieso das wieder zurückgedreht wurde. Sobald solche Maßnahmen durchgeführt wurden, müsse auch dafür gesorgt werden, dass sie nicht wieder abgeschafft werden. Herr Brink äußert außerdem Bedenken, dass nicht ausreichend Kapazitäten (Planer, Handwerker, Material) für die Ausführung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung stünden. Er befürchtet, dass dann oft entscheidend sein wird, welche Ressourcen gerade zur Verfügung stehen.

Herr Krafzik stellt die Frage, welchen Energiestandard Neubauten der Stadt derzeit haben. Herr Groß-Holtick antwortet, dass es auch aufgrund der entsprechenden Förderungen Standard bei der Stadt sei, in Richtung des KfW40- oder sogar KfW40 Plus-Standards zu gehen. Dies sei abhängig davon, welche Technik eingebaut werden könne. Aus seiner Sicht sei es nicht notwendig, den höchsten Standard bei Neubauten anzustreben, weil die größere Herausforderung der Bestand sei. Außerdem hätten Gebäude wie Schulen lediglich eine Nutzungsdauer von 220 Tagen im Jahr. Entscheidender seien Wohnhäuser.

Herr Brink stimmt der beschränkten Nutzungsdauer der Schulen zu, leitet daraus jedoch nicht ab, dass die Gebäude deshalb nicht energetisch saniert werden sollten. Der Bestand habe Sanierungsbedarf und besonders bei Schulen sei es wichtig, dass die Stadt ein gutes Vorbild abgibt. Außerdem gehörten zu den Schulen auch die Sporthallen, die ähnliche Nutzungsdauern hätten wie Verwaltungsgebäude. Herr Groß-Holtick betont, dass die Förderungen auch in diese Richtung lenkten.

Herr Homölle merkt an, dass man sich in Zukunft in Hoch- und Tiefbau auch mehr mit dem Thema Recycling auseinandersetzen müssen. Neben der Diskussion um Energiestandards werde das demnächst auch ein viel größeres Thema sein.

Frau Wicke ergänzt, dass sie davon ausgeht, dass sich die rechtlichen Vorgaben für Gebäude im privaten sowie im öffentlichen Bereich noch wesentlich verschärfen werden, weil mit den derzeitigen Maßnahmen die Ziele nicht erreicht werden. Deswegen sei es auch ein sinnvoller Ansatz, bereits jetzt das energetisch bestmögliche aus den Gebäuden herauszuholen. Sie plädiere für die Einführung einer Energieleitlinie, die mit der Festlegung von hohen Energiestandards für städtische Gebäude dafür sorgt, dass nicht bei jedem Projekt erneut eine politische Diskussion notwendig werde.

Herr Kemper weist darauf hin, dass auch die in der Präsentation und der Umfrage genannten kleinen Maßnahmen wichtig seien und vor allem schnell umsetzbar sein sollten. Er stellt außerdem die Frage, ob bei Bauvorhaben immer eine direkte Rückkopplung mit den Stadtwerken stattfindet und ob die Stadtwerke in solchen Fällen selbst projektieren oder dies extern vergeben. Frau Rensing (SWG) antwortet, dass vormals vieles extern vergeben worden sei, allerdings sei sie über den aktuellen Stand nicht genau informiert. Die Stadtwerke befänden sich in einer Phase der internen Umstrukturierung und Systemoptimierung. Herr Groß-Holtick berichtet, dass im Fall der PV-Anlage auf der Feuer- und Rettungswache die Stadt den Auftrag selbst extern vergeben habe, da das Angebot der Stadtwerke teurer war. Frau Rensing stimmt zu, dass dies nicht zielführend sei. Sie schlägt bessere Kommunikation zwischen Stadt und Stadtwerken vor.

Frau Wicke fragt, welche Maßnahmen die Teilnehmer noch als besonders wichtig erachten. Herr Brink erklärt, dass Unterstützung im Bereich Energiemanagement notwendig sei. Dieses Thema müsse von einer Person bearbeitet werden, die nicht gleichzeitig auch noch für Planung, Durchführung und Betreuung zuständig sei. Daher solle eine neue Stelle explizit für das kommunale Energiemanagement angesetzt werden.

Frau Sörgel berichtet, dass der Aufbau eines Intranets in Arbeit sei. Dieses werde es erlauben, Anträge auch online zu stellen. Derzeitige Verzögerungen seien auch auf die KAAW zurückzuführen. Im Intranet könnten auch Informationen zum Energiesparen für Mitarbeitende zur Verfügung gestellt werden.

Herr Brink ergänzt zum Bereich Liegenschaften, dass bei der Erneuerung von existierenden PV-Anlagen auch die Wärmewende ebenso wie das Thema rationelle Energieverwendung mitgedacht werden müsse. Auch in den provisorisch bezogenen Nebenstellen sei dies wichtig, da die Stadt sich dort letztendlich länger aufhalte als Anfangs gedacht. Außerdem seien seit der letzten Vermietungsoffensive von städtischen Dachflächen zur PV-Nutzung vor zwölf Jahren einige weitere nutzbare Dächer durch Sanierungen hinzugekommen. Die entstandenen Flächen seien auf Nutzbarkeit für PV zu prüfen.

Herr Wulf regt an, bestehende Möglichkeiten der Digitalisierung für alle Mitarbeitenden verbindlich zu machen. Vorgänge der derzeitigen Papiernutzung sollten hinterfragt werden. Er spricht explizit das Ausdrucken von B-Plänen aus dem GIS an. Herr Groß-Holtick antwortet, dies sei ein Thema für die Bauantragskonferenz. Frau Wicke berichtet, dass aus der Bauordnung der Hinweis kam, dass laut gesetzlicher Vorgabe das Einreichen von Bauanträgen bis Ende 2022 digital möglich sein muss. Wenn der Genehmigungsprozess bis dahin nicht digitalisiert sei, führe das dazu, dass die Stadt digital eingehende Bauanträge selbst ausdrucken würde, was das Ganze ad absurdum führe. Herr Groß-

Holtick erwidert, dass die Bauordnung dieses Problem bereits seit zwei Jahren diskutiere, dass die Vorbereitung der Digitalisierung der Akten bereits im dritten Jahr laufe, dass aber bis heute noch keine einzige Akte digitalisiert worden sei. Dies liege an langsamen Prozessen bei der KAAW. Er fügt hinzu, dass es von allen Seiten zusätzliche Pflichten für die Stadt gebe, dass es aber keine einheitlichen Vorgaben dazu gebe und von höherer Stelle keine Umsetzung angestoßen werde. Beispielsweise führe die Vorgabe, eine digitale Einreichung von Bauanträgen zu ermöglichen, dazu, dass, wenn drei andere Behörden beteiligt werden müssten, die Stadt diesen privaten Antrag dann für diese Behörden ausdrucken müsse. Es sei zu kurz gedacht, nur die Bauaufsicht zu digitalisieren und alle anderen Behörden nicht.

Frau Sörgel stimmt zu. Nach dem Onlinezugangsgesetz müsse dem Bürger bis Ende 2022 alles digital zur Verfügung gestellt werden, allerdings seien viele Prozesse auf Landesebene noch nicht ausreichend fortgeschritten, um der Kommune den Umstieg zu ermöglichen.

Frau Rensing plädiert für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Stadtwerken, insbesondere, um in Systemen zu denken, statt jedes Projekt, zum Beispiel eine PV-Anlage auf einem städtischen Gebäude, isoliert zu betrachten. Herr Brink fügt hinzu, dass dies auch wichtig sei, um das volle Potenzial (z.B. einer Dachfläche) auszuschöpfen. Herr Groß-Holtick stimmt dem Bedarf zu einem solchen Austausch zu.

Frau Wicke bedankt sich für die Teilnahme der Anwesenden.

Anhang

Maßnahmenideen zur Förderung des unternehmerischen Klimaschutzes

Basierend auf der Umfrage unter den Beschäftigten ergeben sich folgende Maßnahmenvorschläge:

Kennung	Maßnahmenidee	Priorisierung (Nennungen)
KStG.1	Ausweitung PV-Anlagen auf (alle) städt. Dächer	39
KStG.2	Digitalisierung umfassend & schneller vorantreiben ((nahezu) papierlos)	29
KStG.3	E-Dienstwagen	25
KStG.4	(mehr) Homeoffice / Telearbeit	24
KStG.5	mehr Diensträder (auch in kleineren Größen)	21
KStG.6	Jobticket einführen (für Bus, Bahn und G-Mobil)	16
KStG.7	E-Auto-Ladesäulen für Mitarbeitende	13
KStG.8	höhere/maximale Energiestandards statt Mindestanforderungen anstreben / Sanieren	12
KStG.9	Klima- & Umweltfreundlichkeit als (wichtiges) Vergabekriterium einführen	12
KStG.10	Nutzung Erneuerbarer Energien ausweiten	10
KStG.11	Job-Rad fördern	10
KStG.12	Alte Heizungsanlagen austauschen & besser steuern	8
KStG.13	Radfahren der Mitarbeitenden fördern durch Nutzungsanreize	8
KStG.14	Nutzungsanreize zur ÖPNV Nutzung (auch auf Dienstreisen)	8
KStG.15	Dach- und Fassadenbegrünungen	6
KStG.16	Regionale Produkte/Firmen	6

KStG.17	Denkmal-Rathaus energetisch kernsanieren / effizienterer, günstigerer Neubau	5
KStG.18	Verbesserung des ÖPNV	5
KStG.19	mehr iPads zur Verfügung stellen	5
KStG.20	Umrüstung auf LED	4
KStG.21	diebstahlsichere, witterungsgeschützte Fahrradabstellplätze	4
KStG.22	keine Nutzung privater Pkw auf Dienstwegen, Pool mit Alternativen bereitstellen	4
KStG.23	Unterstützung bei der Bildung von Fahrgemeinschaften (Mitfahrbörse)	4
KStG.24	Krankmeldungen/Urlaubsanträge/Dienstreiseanträge etc digitalisieren	4
KStG.25	Intranet einführen	4
KStG.26	Plattform-/Digitallösung für Bescheide/Post	4
KStG.27	Beleuchtung mit Präsenzmelder	3
KStG.28	Zeitschalter von Wasserhähnen einführen bzw prüfen	3
KStG.29	Beleuchtung und Heizung auf anwesende Mitarbeiter anpassen	3
KStG.30	Weniger Standorte (reduziert Energie, Fahrtwege; ermöglicht Fahrgemeinschaften)	3
KStG.31	Ladestelle E-Bikes	3
KStG.32	E-Autos fördern	3
KStG.33	Berücksichtigung von Energieeffizienz und Langlebigkeit	3
KStG.34	Papiereinsparung durch digitalen Workflow	3
KStG.35	Rechnungsabwicklung digitalisieren	3
KStG.36	digitale Signatur einführen	3
KStG.37	bessere, zukunftsfähige Ausstattung	3
KStG.38	Abwicklung von Bürgeranliegen digital möglich machen	3
KStG.39	klimafreundlicher Bezug von Energie	2
KStG.40	Teilsanierungen (zB. Fenster) durchführen	2
KStG.41	Bürofläche reduzieren / "Desk-Sharing"	2
KStG.42	Arbeitszeiten (im Sommer) ab 06:00	2
KStG.43	keine Verbrenner mehr als Dienstfahrzeuge	2
KStG.44	Scooter	2
KStG.45	mehr Dienstlastenräder (auch für Hausmeister)	2
KStG.46	Verbrauchsgegenstände auf Klimafreundlichkeit prüfen & nachhaltiger Beschaffen	2
KStG.47	Information/Anweisung für MA über klimafreundliches, ressourcenschonendes Verhalten	2
KStG.48	Abschaffung Sitzungsunterlagen in Papier für die Öffentlichkeit	2
KStG.49	doppelseitiges Drucken	2
KStG.50	Ausbau zuverlässiger Gesprächsplattformen	2
KStG.51	Weniger Nutzungseinschränkungen	2
KStG.52	Nutzung von Erdwärme für städt. Gebäude	1
KStG.53	Umweltfreundliche Energieversorgung der neuen Bauvorhaben	1
KStG.54	Netzbau Abwassernetz zur Außerbetriebnahme von Pumpwerken	1
KStG.55	Heizungen auf Funktionsfähigkeit prüfen	1

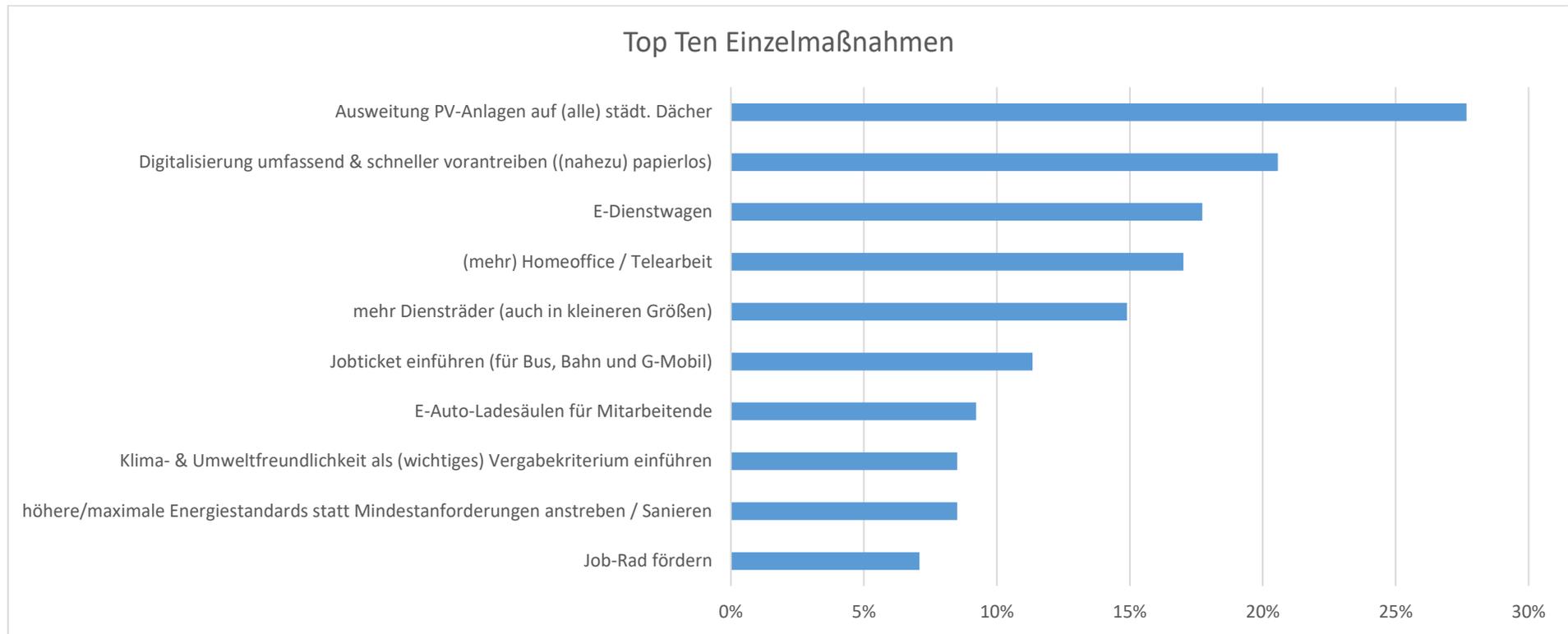
KStG.56	Umnutzung Verwaltungsgebäude (moderner, alte für Archive)	1
KStG.57	energiesparende aber ausreichende Beleuchtung am Arbeitsplatz	1
KStG.58	Beratungstermine für Bürger einführen, um Räume gezielter zu beheizen	1
KStG.59	Aufklärung über energiesparende Maßnahmen am Arbeitsplatz	1
KStG.60	Energiesparende Elektrogeräte	1
KStG.61	Gebäudeleittechnik	1
KStG.62	Förderung E-Mobilität	1
KStG.63	Nutzfahrzeuge mit alternativen Antrieben	1
KStG.64	Fahrgemeinschaften fördern	1
KStG.65	E-Auto für städtische Hausmeister	1
KStG.66	Einfluss auf Zugtaktung	1
KStG.67	kostenlose Leihräder am Bahnhof	1
KStG.68	mehr Videokonferenzen wo sinnvoll	1
KStG.69	Kaufprämie statt Fahrradkredit oder -leasing	1
KStG.70	Mitarbeiterparkplätze gestaffelt kostenpflichtig machen	1
KStG.71	auch "normale" Fahrräder als Diensträder anbieten	1
KStG.72	Jobrad auch für "normale" Fahrräder	1
KStG.73	Grundsatzregel "Dienstrad vor Pkw"	1
KStG.74	Parkplatzmanagement statt Neuausweisung	1
KStG.75	weniger Plastikverpackungen	1
KStG.76	zentrale Vergabestelle einrichten	1
KStG.77	Klimaschutz als oberstes Ziel bei der Vergabe, auch bei Bauvorhaben	1
KStG.78	nicht günstigster Preis, sondern Gesamtpaket muss entscheidend sein	1
KStG.79	kein Flaschenwasser, stattdessen Leitungswasser in Karaffen	1
KStG.80	Interne Wiedernutzung statt Neubeschaffung von Gegenständen	1
KStG.81	Ressourcenschonendes (Recycling-)Material einsetzen	1
KStG.82	Neubau öffentlicher Gebäude in Holzbauweise	1
KStG.83	Müllentsorgung an Abfallmenge ausrichten	1
KStG.84	Konsequente Mülltrennung	1
KStG.85	Entsiegelung nicht genutzter Flächen	1
KStG.86	Wurmbox für den Biomüll	1
KStG.87	Ressourcen zwischen Fachdiensten teilen	1
KStG.88	zentrale Kühl- und Kaffeemöglichkeiten	1
KStG.89	zentrale (energieeffiziente) Scanner/Drucker	1
KStG.90	Digitalen "Marktplatz" für ausrangierte Büromöbel etc. einrichten statt entsorgen	1
KStG.91	Biologisch abbaubare Putzmittel	1
KStG.92	Abschaffung Postkladde, stattdessen gebrauchte Umschläge	1
KStG.93	Abschaffung von Zeitschriften und Gesetzestexten in Papierform	1
KStG.94	Papierlose Abwicklung der Vergabe	1
KStG.95	Hinwirken auf Verbesserung der Effizienz der Arbeitsprogramme	1
KStG.96	schnelleres Internet	1
KStG.97	bessere Fortbildungsmöglichkeiten	1

KStG.98	Online-Schulungen über den Arbeitsplatzrechner möglich machen	1
KStG.99	Vorgaben zur digitalen Bearbeitung etablieren	1
KStG.100	eigene Hardware für Telearbeit nutzen können	1
KStG.101	Maildateien klein halten	1
KStG.102	unnötige Mails vermeiden	1
KStG.103	Naturnahe Außengelände von Schulen und Kitas	1
KStG.104	Förderung von bienenfreundlicher Wandlung von versiegelten Flächen zu Grünflächen	1
KStG.105	Informationsblatt für Mitarbeitende über Klimaschutzmaßnahmen der Verwaltung	1
KStG.106	Inspiration und Erfahrungen bei anderen Kommunen finden	1
KStG.107	Mitarbeiterbefragung bzgl. Telearbeit (Abfrage der Möglichkeiten)	1
KStG.108	Vorreiter werden	1
KStG.109	klimafreundliches Verhalten belohnen	1
KStG.110	Schulungen zu klimafreundlichem Verhalten	1

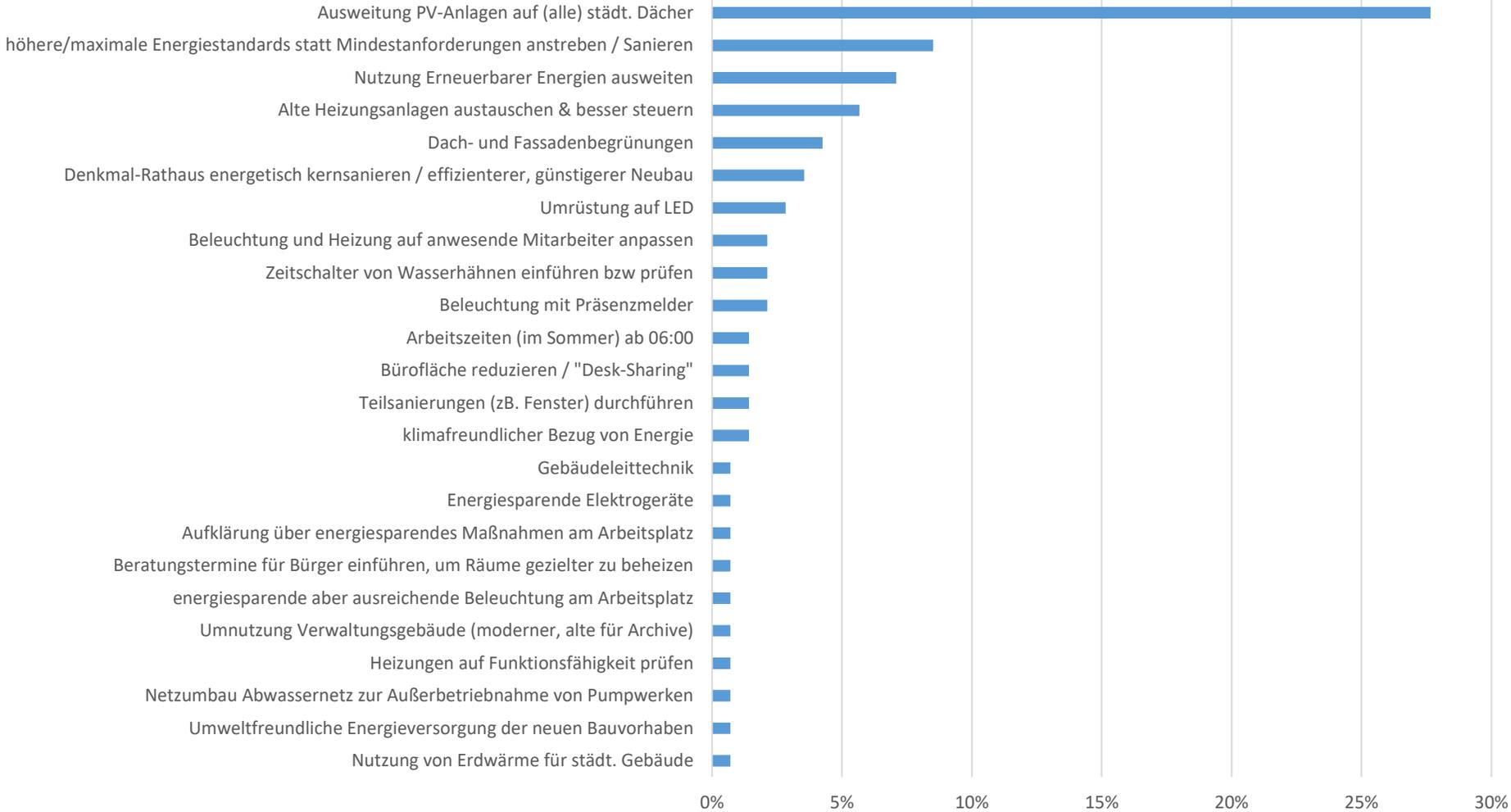
Aus dem Workshop ergeben sich zudem die folgenden Maßnahmenvorschläge:

KStG.111	Diebstahlsichere, witterungsgeschützte Fahrradabstellplätze für die Liegenschaften
KStG.112	Parkraumbewirtschaftung
KStG.113	Förderung von ÖPNV-Tickets
KStG.114	bereits eingeführte Klimaschutz-Maßnahmen dürfen nicht wieder abgeschafft werden
KStG.115	mit energetischen Sanierungen öffentlicher Gebäude ein Vorbild sein
KStG.116	bessere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Stadtwerken, um in Systemen statt in Einzelprojekten zu denken
KStG.117	Einführung eines kommunalen Energiemanagements mit zusätzlicher Stelle kommunale/r Energiemanager/in
KStG.118	Wärmewende mitdenken
KStG.119	rationelle Energieverwendung (Energieeinsparungsmaßnahmen)
KStG.120	restliche Dachflächen auf Möglichkeiten zur PV-Nutzung prüfen
KStG.121	Digitalisierung verbindlich machen

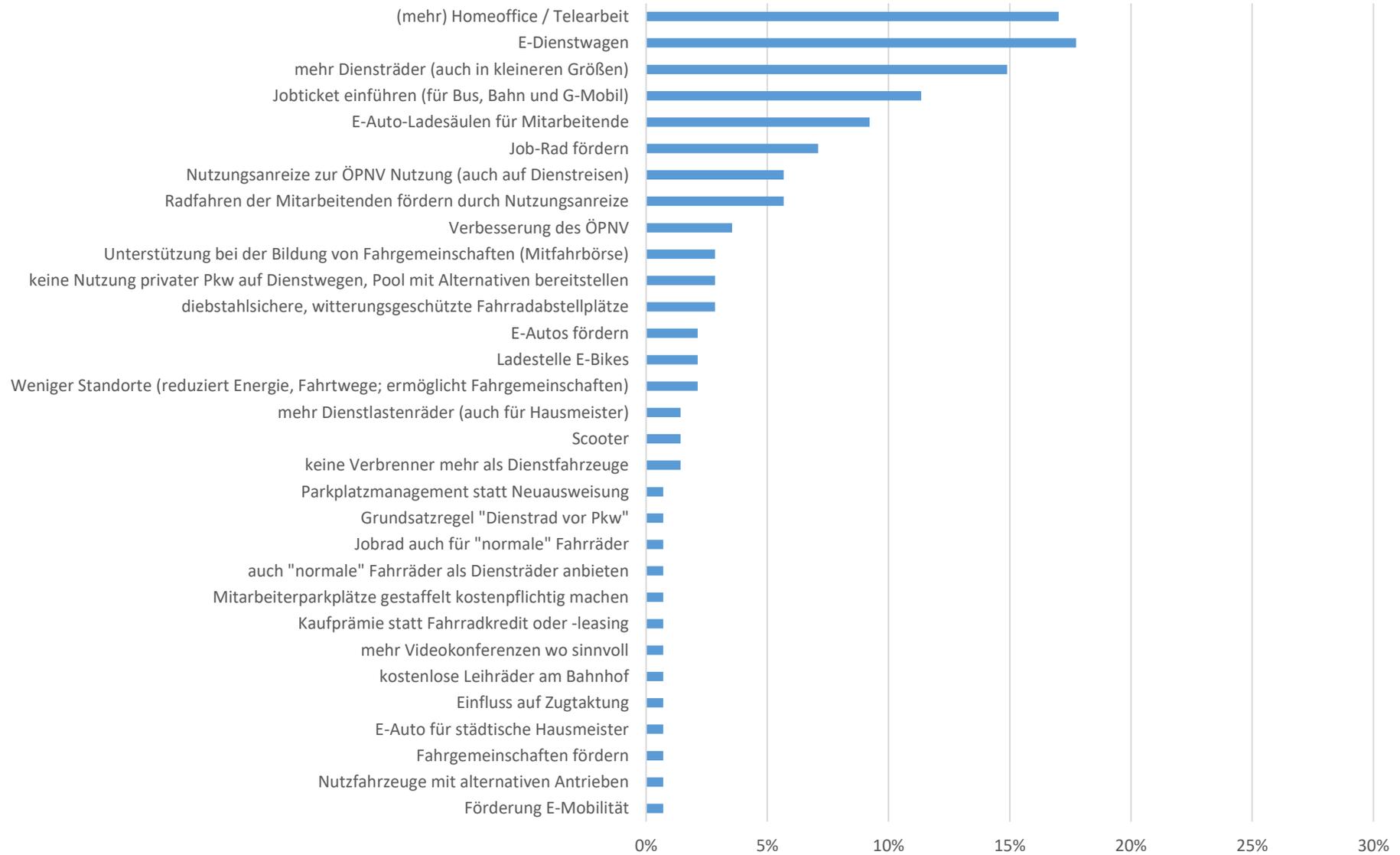
Anhang: Ergebnisse der Mitarbeiterumfrage zum betrieblichen Klimaschutz bei der Stadt Gronau 2021 (141 Antworten)



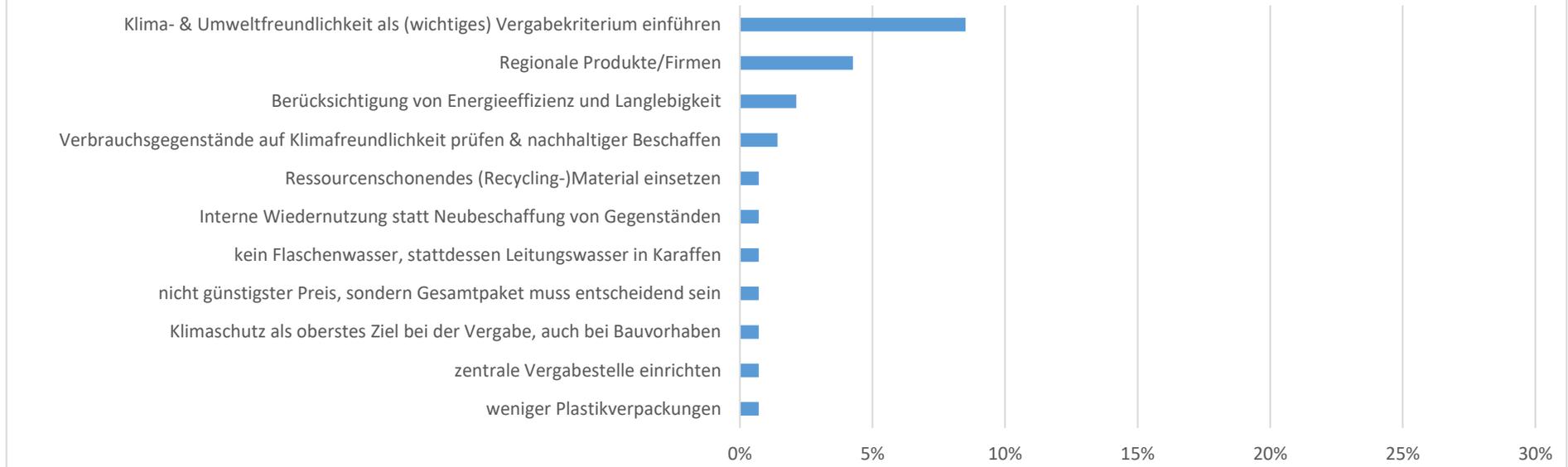
Energieerzeugung und -verbrauch



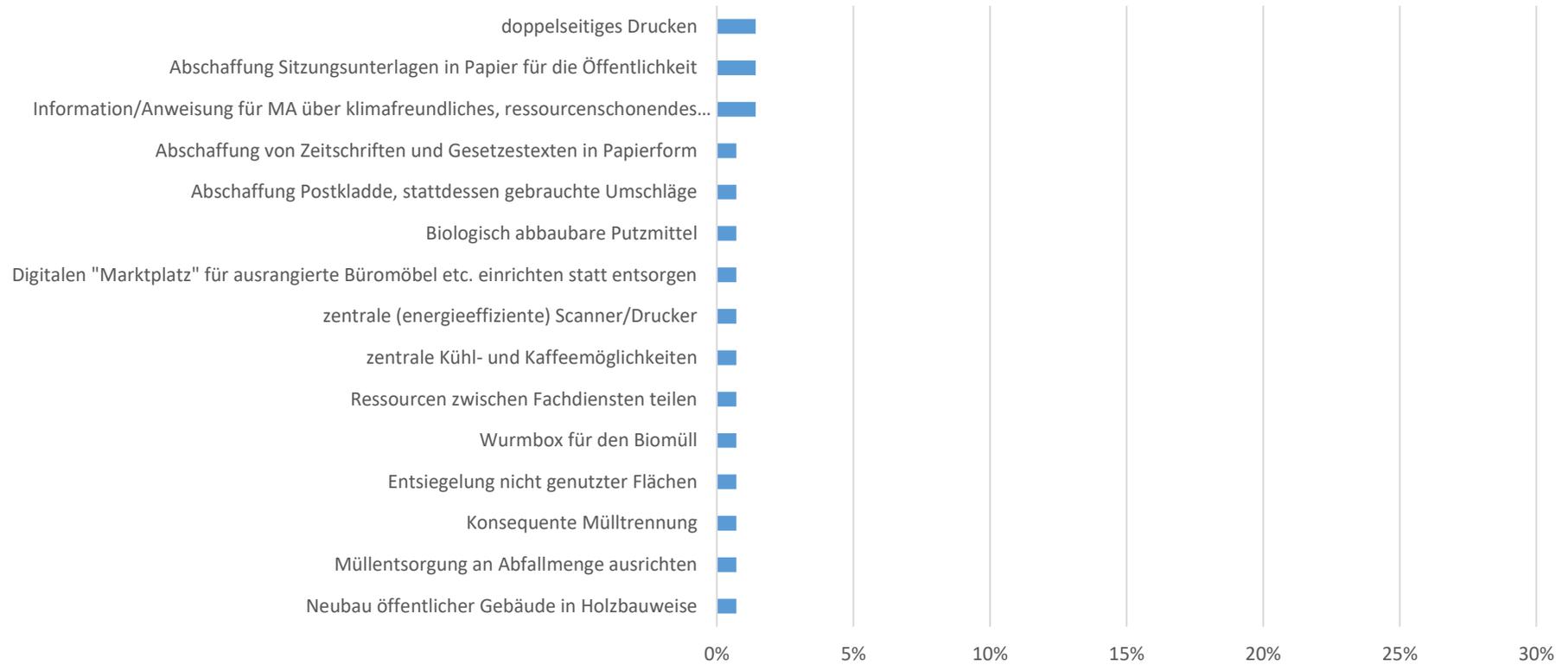
klimatefreundliche Mitarbeitermobilität



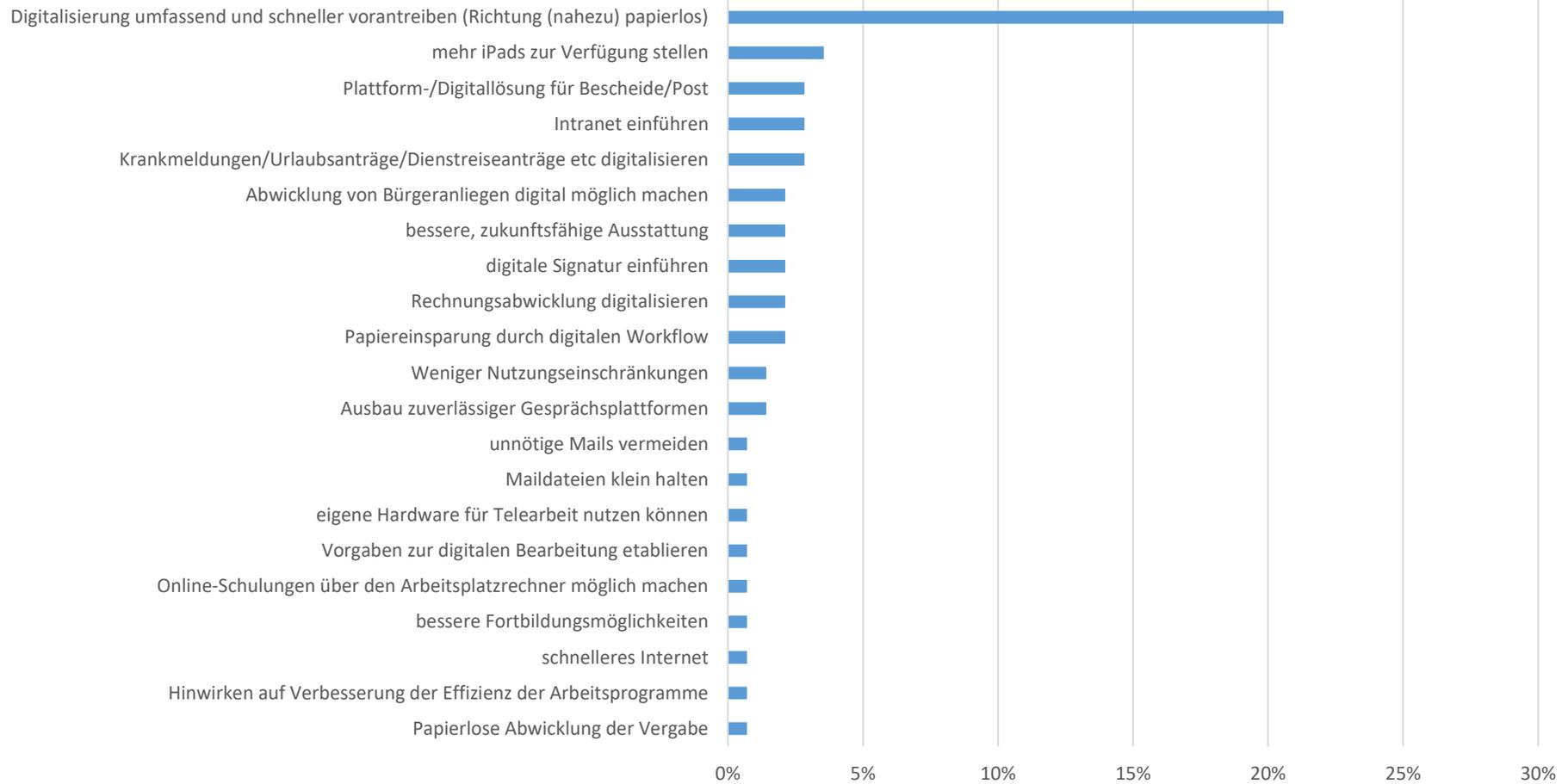
Beschaffung / Vergabe



Ressourceneffizienz



IT Infrastruktur / Digitalisierung



Sonstige

